



Noel Graber nimmt die Grossratskandidaten in die Zange (v.l.): Patrick Gosteli und Manuel Tinner (beide SVP), Erwin Baumgartner und Claudia Hauser (beide FDP) und René Huber und Andreas Meier (beide CVP).

CVP, FDP und SVP auf dem Prüfstand

Die drei Gewerbevereine Aaretal-Kirchspiel, Rheintal-Studenland und Gewerbe Surbtal hatten zum Grossratspodium geladen. Noel Graber nahm sechs Vertreter von drei bürgerlichen Parteien ins Kreuzverhör.

BÖTTSTEIN (tf) – Je zwei Vertreter von SVP, FDP und CVP standen auf der leicht erhöhten Bühne im Schlossaal. Im Falle der SVP waren es zwei der drei bisherigen Grossräte, Gemeindeammann Patrick Gosteli (Böttstein) und Berufsunteroffizier Manuel Tinner (Döttingen). Für die beiden anderen Parteien traten jeweils ein bisheriger und ein neu kandi-

dierender Grossrat auf. Für die FDP waren es Unternehmer Erwin Baumgartner (Tegefelden) und Raiffeisen-Geschäftsstellenleiterin Claudia Hauser (Döttingen), für die CVP Spitaldirektor René Huber (Leuggern) und Weinbauingenieur und -unternehmer Andreas Meier (Klingnau). Grosse Abwesende des Politabends war die SP, sie war gar nicht erst zum Podium eingeladen worden. Die Begründung vonseiten der Organisatoren: Der Bezirk Zurzach könne von gesamthaft 140 Grossräten in Aarau nur gerade sieben stellen und für die Gewerbevereine sei es wichtig, dass diese Sitze mit wirtschaftsfreundlichen Kandidaten besetzt würden, mit solchen, die sich für die Entwicklung im Zurzibiet starkmachten.

Vor diesem Hintergrund war klar: In die Rolle des Provokateurs würde an diesem Donnerstagabend Moderator Noel Graber schlüpfen – und er schlug sich bestens. Er konfrontierte die Grossratskandidaten nicht nur prüfend mit Aussagen, die sie zum Teil bereits im Vorfeld der Wahlen vor vier Jahren gemacht hatten – «habt ihr umgesetzt was ihr versprochen habt?» – er wollte von den Kandidierenden auch sehr konkret wissen, wo ihnen heute der Schuh drückt und wofür sie sich einsetzen würden im Grosse Rat. Mit den üblichen Politfloskeln als Antwort gab er sich dabei nicht zufrieden, hakte nach und hatte dann und wann auch den Mut zur pointierten Unterstellung. Zum Beispiel so: «Verliert die CVP mit Theo Voegtli nicht ihr eigentliches Zugpferd im Zurzibiet und damit den zweiten Sitz im Bezirk Zurzach?»

Neue Sitzverteilung?

«Ja» und «Nein» antworteten René Huber und Andreas Meier im Chor. Ja, Theo Voegtli sei ein Zugpferd gewesen, Nein, um den zweiten Sitz werde man kämpfen. Als neue Zugpferde empfahlen sich die beiden dann sogleich selbst. Währenddessen nickte Claudia Hauser zur Frage, ob denn die FDP nicht auf einen zweiten

Sitz schiele. Doch, so Hauser, ein zweiter Sitz sei das Ziel, leicht zu erreichen sei dieses aber nicht. Vor die Wahl gestellt, würde sie diesen zweiten Sitz aber lieber nicht der CVP, sondern einer anderen Partei streitig machen. Welche gemeint war, konnte der Zuhörer ohne Mühe erraten. Dass eine FDP-Strategie aber auch schiefgehen kann, hatte man erst kürzlich in Zurzi erfahren müssen.

Sich ihrer Sache keineswegs sicher sein wollten die beiden SVP-Vertreter. Den Stubser Grabers in Richtung Gosteli – «Liste 1, Platz 1, und das im Zurzibiet, das ist doch eine klare Sache» – wollte Gosteli nicht gelten lassen und konterte, dass es schwieriger sei, einen Sieg zu verteidigen, als ihn zu erreichen. Der Wahlkampf werde leidenschaftlich geführt – ungeachtet der Ausgangslage –, und wie es raus komme, wisse man erst am 23. Oktober. So gesehen, so Tinner, sei das «bisher» zwar eine nette Floskel, mehr aber nicht.

Alle sind fürs Sparen

In den Fokus des Abends rückte Moderator Graber bald die Kantonsfinanzen – über Verkehrsanbindung, Asyl und Energie hatte man schliesslich schon vor vier Jahren geredet – und schnell war von den 100 bis 200 Millionen Franken die Rede, die im Zuge des nächsten Jahres eingespart werden müssen. Wie also diese Sparrunde angehen?

Claudia Hauser, in Döttingen Finanzkommissionsmitglied, betonte, man müsse jede Position einzeln prüfen, und ganz wichtig, in allen Ressorts. Es könne nicht nur an einem Ort gespart werden. René Huber forderte derweil eine Deregulierung im Gesundheitswesen und ortete Sparpotenzial bei teuren IT-Tools im Gesundheitswesen. Das Departement von Susanne Hochuli habe aktuell den falschen Weg eingeschlagen.

Korrekturbedarf erkannte auch Patrick Gosteli, zum Beispiel beim grossen Kostenposten «Bildungswesen». Die Zahl der Lehrpersonen sei im Vergleich zu den Schülerzahlen zwischen 2003 und 2014 unverhältnismässig stark gestiegen. Da gebe es Möglichkeiten. So wollte das Andreas Meier nicht unterschreiben, gestand aber ein, dass das Schweizer Bildungswesen ein teures sei, aber auch ein gutes. Gute ausgebildete Fachleute bezeichnete er als zentrales Ziel.

Im Stellenabbau, aber nicht bei den Lehrpersonen, erkannte auch Erwin Baumgartner Potenzial. Er sprach von der Landwirtschaft und fragte ketzerisch, ob es beim Kanton wirklich ausgebildete Agronomen brauche, um ein paar Obstbäume zu zählen. Diesen Steilpass nahm Tinner gern entgegen und schlug vor, den Aargau nochmals neu auf ein weissen Blatt Papier zu zeichnen – und jede Staatsaufgabe gezielt zu hinterfragen.

Ähnliche bis fast identische Haltungen

Die Vorsätze sind also da, und doch kamen Zweifel auf, ob all die Vorschläge je umgesetzt würden, würden die Kandidaten denn gewählt. Auf ein Votum aus dem Publikum, das genau dort nachhakte und wissen wollte, ob das Postulierte auch wirklich umgesetzt werde, musste Erwin Baumgartner kühl entgegennen, dass die Politik eben immer auch ein Spiel sei. Es gebe Kalkül und gezielte Strategien, mit denen sich Grosser Rat und Regierungsrat gegenseitig lähmten. Komme hinzu, dass fast jeder Grossrat in verschiedenen Gremien sitze und damit gewisse Sparmassnahmen von Vorneherein gar nicht mehrheitsfähig würden. Also alles nur Bluff? Man weiss es nicht.

Unter dem Strich lässt sich festhalten: Den grossen Charismatiker und Visionär sucht man unter den Kandidaten vergeblich, eher findet man den stillen Schaffer im Hintergrund. Und Revolutionen sind von diesen bürgerlichen Kandidaten sicher auch keine zu erwarten – aber die will das Zurzibiet Volk vielleicht auch gar nicht. Was aber sicher scheint: Alle sechs werden einer Meinung sein, wenn es um die Zurzibiet Kernkraft oder um Asylbewerber geht. Wichtig sei, so zur Kernkraft, dass man in Bern mit der Energiestrategie kein Technologieverbot beschlossen habe und wer weiss, vielleicht komme die Schweiz dann doch nochmal auf die Kernkraftwerke zurück. Wind, Sonne und Co. allein seien jedenfalls keine Lösung. Und zu den Asylbewerbern: Ja, man habe nicht grundsätzlich etwas gegen sie, und klar, einen Beitrag müsse im Dienste der Solidarität jeder leisten, nur habe man auch zu schauen, dass das Zurzibiet im Vergleich zu allen anderen Bezirken nicht überdurchschnittlich belastet werde, dafür werde man sich einsetzen. Kurz, auch für 2016 gilt: Im Westen nichts Neues.